Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Auswärtigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 35 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 90 Goldpfennige amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 201 — Sonnabend, den 29. August 1925 — 20. Jahrgang

Reichsregierung und Preisbildung.

Ueberwachung der Kartelle und Syndikate. — Weckung der freien Konkurrenz. — Aufhebung der Geschäftsaufsicht. — Abänderung der Konkursordnung.

Berlin, 27. August. Die Reichsregierung hat gestern unter Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten hinsichtlich der allgemeinen Preisbildung einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigerter Preise führen und die von Kartellen, Syndikaten und gleichartigen Zusammenschlüssen oder von einflußreichen Einzelunternehmungen ausgehen, werden künftig alle Machtmittel der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 (Kartellverordnung) in Anwendung gebracht werden, und zwar auch dann, wenn diese Kartelle usw. sich nur auf Teile des Reichsgebietes, z. B. nur auf einzelne Länder oder Gemeinden, erstrecken. Dabei soll dieses behördliche Einschreiten nicht nur im Verwaltungswege, sondern auch im weiteren Umfange, als dies bei der bisherigen Wirtschaftslage notwendig war, durch Klage vor dem Kartellgericht erfolgen. Klauseln, die eine preissteigernde Wirkung haben können oder aus anderen Gründen wirtschaftlich schädlich sind, werden künftig im Sinne des § 4 der genannten Verordnung als die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl gefährdend angesehen werden. Hierzu gehören u. a.: Repartierungsklauseln, Goldklauseln, Geldentwertungsklauseln, Klauseln, die eine gleitende oder freibleibende Preisbewegung zum Ziele haben, Treurabattklauseln, Klauseln über die Preisbildung der folgenden Wirtschaftsstufen, Gegenseitigkeits- und Ausschließlichkeitsklauseln.

Falls die Durchführung dieser Maßnahmen zeigt, daß kein genügender Erfolg eintritt, wird die Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften eine entsprechende Verschärfung der Kartellverordnung vorschlagen. Insbesondere wird dazu eine Abänderung der genannten Verordnung derart in Aussicht genommen, daß im Verkehr mit Lebensmitteln Verträge oder Beschlüsse der in § 1 der genannten Verordnung bezeichneten Art von jedem Beteiligten auch ohne wichtigen Grund fristlos gekündigt werden können, wenn sie Verpflichtungen über die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Preisen für Lebensmittel enthalten.

2. Das Reich wird in Anknüpfung an bereits ergriffene Maßnahmen innerhalb der Reichsressorts mit den Ländern und Gemeindeverbänden in Verbindung treten, damit bei Vergebung von öffentlichen Aufträgen die freie Konkurrenz in vollem Umfange wieder zur Geltung kommt. Die Einführung einer Pflicht zur Bekanntgabe aller, bei Abgabe der Offerten eingegangenen Preisbindungen wird dazu erforderlich werden.

Vereinbarungen, die die freie Konkurrenz bei öffentlichen Versteigerungen und öffentlichen Ausschreibungen zu beeinträchtigen geeignet sind, sollen gesetzlich unter Strafe gestellt werden.

3. Den gesetzgebenden Körperschaften wird ein Gesetzentwurf zur Aufhebung der Geschäftsaufsicht, die mit Bekanntmachung vom 14. Dezember 1916 zur Abwendung des Konkurses eingeführt worden war, unter gleichzeitiger Abänderung der Konkursordnung vorgelegt werden.

4. Die öffentlichen Gelder des Reiches werden so bewirtschaftet werden, daß nicht nur keine Gefahr einer Steigerung der privaten Geldsätze entsteht, vielmehr der Antrieb für ihre Senkung gegeben wird. Mit den anderen öffentlichen Geldgebern, insbesondere den Ländern und Gemeinden, wird das Reich in Verbindung treten, um die gleichen Grundsätze bei der Ausleihung öffentlicher Gelder an diesen Stellen zu gewährleisten.

•

Die Reichsregierung fordert die gesamte Bevölkerung, Produzenten und Konsumenten auf, im eigensten Interesse die eingeleitete Gesamtaktion zur Verbilligung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu unterstützen. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben bereits zugesagt, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Auswirkung der Steuerermäßigungen, insbesondere der Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent, in den Preisen zum Ausdruck kommt. Von den Ländern und Gemeinden erwartet die Reichsregierung weitestgehende Unterstützung; die zuständigen Ressorts werden Verhandlungen in diesem Sinne aufnehmen.

•

Das Reichsbankdirektorium hat dazu heute folgenden Beschluß gefaßt:

Das Reichsbankdirektorium ist den Maßnahmen und Absichten der Reichsregierung in der Richtung des Preisabbaues in vollem Umfange beigetreten und wird der Durchführung derselben in demselben Dienstbereich jede nur mögliche Unterstützung leisten. Insbesondere wird die Reichsbank bei ihrer Kreditpolitik auf Auswüchse der Kartelle und Preiskonventionen systematisch achtgeben und erforderlichenfalls entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Ueberreichung der deutschen Antwort in Paris.

Paris, 27. August. Der deutsche Botschafter v. Hoesch hat heute nachmittag 6,30 Uhr dem französischen Außenminister die deutsche Antwort auf die kürzliche französische Demarche in Berlin in der Sicherheitsfrage überreicht. Die Antwort, die sehr kurz ist und knapp eine Seite umfaßt, wird am Sonnabend früh in Berlin und Paris zur Veröffentlichung gelangen.

Temps über die französische Note.

Paris, 27. August. Von den Abendblättern beschäftigt sich nur der „Temps" mit der französischen Antwortnote an Deutschland. Er schreibt u. a.: Die französische Antwortnote ist in versöhnlichem Geiste abgefaßt. Deutschland wird darin keinen Vorwand finden, um den Versuch zu machen, sich des Angebots eines Sicherheitspaktes zu entledigen. Man muß jetzt die Rückwirkung der Antwortnote auf die deutsche öffentliche Meinung abwarten. Der erste Eindruck scheint in Berlin günstig zu sein. Deutschland steht jetzt am Scheidewege und muß eine Entscheidung in dem vollen Bewußtsein seiner Verantwortung treffen. Von ihm hängt es ab, ob der Sicherheitspakt Wirklichkeit wird.

Austausch Leipzig-Moskau?

Die drei im Tschekaprozeß vom Staatsgerichtshof in Leipzig zum Tode Verurteilten Neumann, Pöge und Stoblewsky sollen gegen die vom Moskauer Tribunal zum Tode verurteilten drei deutschen Studenten angeblich ausgetauscht werden.

Beilegung polnisch-russischer Grenzstreitigkeiten.

Warschau, 27. August. Gestern wurde in Zampol in Wolhynien ein polnisch-russisches Abkommen betreffend die Beilegung der letzten Grenzzwischenfälle unterzeichnet.

Besuch Severings im Schneidemühler Optantenlager.

Schneidemühl, 27. August. Heute nachmittag traf der preußische Minister des Innern Severing zum Besuch des Optantenlagers hier ein. Er besichtigte das Lager eingehend und überzeugte sich von der wesentlich verbesserten Unterbringung der Flüchtlinge. Die Besetzung beträgt zur Zeit 2942 Personen, darunter über 700 Verdrängte, sodaß insgesamt nur 2200 Optanten bleiben. Minister Severing erklärte, es bestehe die berechtigte Erwartung, daß bis Mitte des nächsten Monats weitere 1000 Flüchtlinge weitergeleitet werden können. Er hoffe auch, daß das Lager nicht bis in den Winter hinein beibehalten werden müsse. Die Unterbringung derer, die am 1. November aus Polen ausgewiesen würden, sei eine Siedlungsfrage, da es sich hier ja nur um Grundbesitzer handle. Ueber die Verpflegung und die Wohlfahrtseinrichtungen des Lagers sowie über die Tätigkeit der lokalen Behörden und der Lagerleitung sprach sich der Minister anerkennend aus.

•

Auslandshilfe für die vertriebenen Optanten.

Der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe teilt dem Preußischen Ministerium des Innern mit, daß das Zentralkomitee for the relief of distress in Germany and Austria in Newyork 1000 Kisten Lebensmittel für die aus Polen verdrängten bedürftigen Optanten im Lager Schneidemühl zur Verfügung gestellt hat. Diese Spenden sollen auch anderen Optanten, die das Lager schon verlassen haben, zugutekommen.

Zur russisch-chinesischen Konferenz.

Peking, 27. August. In der Eröffnungssitzung der russisch-chinesischen Konferenz wurde beschlossen, daß sechs Unterausschüsse zur Erörterung der ausstehenden Fragen ernannt werden sollen.

Rußlands Wünsche und Hoffnungen.

Unterredung des Freiherrn von Schoenaich mit Trotzki.

Bei einem Besuche, den Frhr. v. Schönaich Trotzki abstattete, erklärte derselbe:

„Rußland kann heute nicht in den Völkerbund treten, weil es sich nicht in lebenswichtigen Fragen majorisieren lassen kann. Man sagt, wir sollten eintreten, um mitzuarbeiten an der Abstellung der Fehler, die dem Völkerbund heute noch anhaften, ich glaube, das können wir als Außenstehende besser tun, als wenn wir als Mitglied gebunden wären.

Beßarabien ist eine Wunde für uns, die schmerzen wird, solange das Land nicht wieder zu uns gehört. Eine akute Kriegsgefahr sehe ich von dort nicht, denn wir werden sicher die Ruhe behalten und keine Torheiten machen. Das beßarabische Volk fühlt mit Rußland. Außerdem macht Rumänien dort so viel Fehler, daß die Zeit für uns arbeitet.

Auch die Ruthenen von Ostgalizien gehören zu uns, aber diese Wunde ist nicht so schmerzhaft, weil das Land vor dem Kriege nicht zu uns gehört hat. Auch gegen Polen werden wir die Ruhe beßalten. Dazu gehört allerdings große Geduld, denn erst gestern ist an der Grenze wieder ein Russe von Polen erschossen worden. Wir wissen auch ganz genau, daß Herr Pilsudski und sein Anhang durch einen populären Krieg wieder in die Macht kommen wollen. Sie werden sich das aber dreimal überlegen, denn sie wissen ganz genau, daß die rote Armee nicht mit sich spaßen läßt.

Ich glaube nicht, daß die reaktionäre Regierung in Deutschland eine Gefahr für den Frieden ist. Die Herren reden heute genau so pazifistisch, wie Ihre Freunde es seit vier Jahren tun. Außerdem glaube ich, daß Deutschland in der wirtschaftlichen Gesundung begriffen ist, das ist kein Boden für extreme Taten.

Weit größer ist die Gefahr in England, dessen Wirtschaft langsam aber sicher rückwärts geht. England möchte daher am liebsten die Randstaaten gegen Rußland mobil machen, wenn irgend möglich, auch Deutschland, das aber hoffentlich nicht darauf reinfallen wird.

Deutschland und Rußland sind wirtschaftlich aufeinander angewiesen und werden hoffentlich in immer engere Beziehungen zueinander treten."

Caillaux' Mission beendet.

Churchill über das englische Angebot an Frankreich.

London, 27. August. Zu dem bereits gemeldeten englischen Bericht über das britische Angebot an Frankreich zur Regelung der Rückzahlung der französischen Kriegsschulden an England hat der Schatzkanzler Churchill eine Erklärung abgegeben, in der es nach einer Begründung der von England verlangten Jahresquote von 12½ Millionen Pfund Sterling weiter heißt: Die britische Regierung hat von Beginn der Verhandlungen an unmißverständlich klar erkennen lassen, daß irgend eine Regelung dieser Frage von dem oft erwähnten Prinzip ausgehen müsse, daß Großbritannien von Frankreich proportinell und pari passu Zahlungen erhalten müsse, sobald Frankreich an die Vereinigten Staaten Rückzahlungen seiner Kriegsschulden leistet. Es würde für Europa, das sowieso schon ernstlich gefährdet sei, nicht von Nutzen sein, wenn Opfer eines Gläubigers Frankreichs nur zum Vorteile eines anderen Gläubigers dienen würden. Irgendein Abkommen, das zur Zeit zwischen Großbritannien und Frankreich abgeschlossen werden könnte, kann daher in dieser Hinsicht nur einen provisorischen Charakter haben, so lange die Ergebnisse anderer Verhandlungen noch unbekannt sind.

Im Anschluß an diese Erklärung teilte Churchill mit, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden würden.

•

Finanzminister Caillaux gab dem Vertreter des Reuterschen Büros, bevor er seine Rückreise antrat, die folgende Erklärung ab: Ich wünsche allen Mitgliedern der Regierung, mit denen ich in London zusammengekommen bin und die mir gegenüber die ausgezeichnetste Zuvorkommenheit an den Tag gelegt haben, meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Ich fand die gleichen Gefühle der Herzlichkeit und den gleichen Wunsch, zu einer Verständigung zu gelangen, bei den hervorragenden Geschäftsleuten, die ich zu sprechen Gelegenheit hatte. Niemand wird überrascht sein, wenn ich meinem ausgezeichneten Kollegen in der britischen Regierung, Churchill, meinen besonderen Dank ausspreche. In den langen und zeitweilig lebhaften Unterredungen, die wir hatten, zeigte Churchill, während er die Interessen seines Landes mit großer Kraft und Sachkunde verteidigte, stets die größte Herzlichkeit und den aufrichtigsten Wunsch, eine Vereinbarung zu erzielen. Seine Hingabe an die Entente zwischen unsern beiden Ländern,